



Geschäftszeichen

Wolfenbüttel, den 2. September 2011

## **N i e d e r s c h r i f t**

### **über die 22. Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Landwirtschaft, Bauen und Sicherheit**

**-öffentlicher Teil-**

---

|                        |  |
|------------------------|--|
| <b>Sitzungstermin:</b> | Montag, 29.08.2011   |
| <b>Sitzungsbeginn:</b> | 16:15 Uhr  |
| <b>Sitzungsende:</b>   | 19:00 Uhr  |
| <b>Ort, Raum:</b>      | Bildungszentrum des Landkreises Wolfenbüttel, Harzstraße 2-5, 38300 Wolfenbüttel |

---

#### **Teilnehmerinnen/Teilnehmer**

##### **Vorsitz**

Bosse, Marcus

##### **Ordentliche Mitglieder**

|                      |           |
|----------------------|-----------|
| Aust, Karl Otto      | Vertreter |
| Fach, Thomas         | Vertreter |
| Hausmann, Michael    |           |
| Lagosky, Uwe         |           |
| Löhr, Norbert        |           |
| Lorenz, Dieter       | Vertreter |
| Seidenkranz, Gerhard |           |
| Vree, Friedhelm      |           |
| Wiegel, Heike        |           |

##### **Nicht stimmberechtigte Mitglieder**

|                   |               |
|-------------------|---------------|
| Balder, Pierre    |               |
| Kaltschmidt, Wulf |               |
| Lehmann, Jürgen   |               |
| Schwetje, Gerhard | Kreislandwirt |

##### **Von der Verwaltung**

|                          |                    |
|--------------------------|--------------------|
| Röhmann, Jörg            | Landrat            |
| Hortig, Martin           | Dezernent          |
| Schillmann, Claus Jürgen | Dezernent          |
| Vogt, Kornelia           | Pressesprecherin   |
| Volkers, Sven            | Amtsleiter         |
| Wronski, Ulrike          | Abteilungsleiterin |

Weber, Wolfgang

Protokollführer

**Als Gäste**

1 Vertreter der Presse

Mehrere Zuhörer

Brandes

ZGB

Kloß

ZGB

Knoblich

ZGB

**Es fehlen:**

---

**Tagesordnung:**

**Öffentliche Sitzung:**

1. Eröffnung der Sitzung.
2. Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und Beschlussfähigkeit.
3. Genehmigung der Niederschrift über die 21. Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Landwirtschaft, Bauen und Sicherheit des XVI gewählten Kreistages vom 16.05.2011.
4. Anfragen:
  - 4.1. Einwohnerfragestunde (§§ 18, 25 GO).
  - 4.2. Anfragen von Kreistagsmitgliedern (§§ 15 Abs. 2, 25 GO).
5. Finanzierung des nicht schienengebundenen ÖPNV ab 2012  
Vorlage: XVI-0958/2011
6. Vereinbarung über die Erhebung von Entgelten im Rettungsdienst für 2011  
Vorlage: XVI-0943/2011
7. Verordnung über das Landschaftsschutzgebiet "Schandelaher Wohld und Pfeifengraswiese Wohld"  
Vorlage: XVI-0951/2011
8. Schließung der Schachanlage Asse II  
hier: Bericht der Verwaltung
9. Unterrichtung zur Trassenführung der geplanten 380 000-Volt-Trasse von Wahle nach Mecklar  
hier: Bericht der Verwaltung
10. Unterrichtung durch den Landrat über wichtige Angelegenheiten (§ 57 Abs. 4 NLO).

---

**Öffentliche Sitzung**

**TOP 1 Eröffnung der Sitzung.**

Vorsitzender Bosse eröffnet um 16.15 Uhr die 22. Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Landwirtschaft, Bauen und Sicherheit des XVI. gewählten Kreistages. Besonders begrüßt er die Herren Brandes, Kloß und Knoblich vom Zweckverband Großraum Braunschweig.

Vorsitzender Bosse gibt bekannt, dass die SPD-Kreistagsfraktion einen Antrag auf Erweiterung der Tagesordnung zu dem Thema - Unterrichtung zur Trassenführung der geplanten 380 000 – Volt-Trasse von Wahle nach Mecklar - gestellt hat.

Seitens des Ausschusses ergeht bei 5 Ja-Stimmen und 3 Enthaltungen einstimmig folgender

**Beschluss:** Die Tagesordnung wird um den TOP 9 - Unterrichtung zur Trassenführung der geplanten 380 000-Volt-Trasse von Wahle nach Mecklar - erweitert.

Der ursprüngliche TOP 9 – Unterrichtung durch den Landrat über wichtige Angelegenheiten (§ 57 Abs. 4 NLO) - wird TOP 10.

## **TOP 2      Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und Beschlussfähigkeit.**

Vorsitzender Bosse stellt fest, dass die Einladung den Ausschussmitgliedern ordnungsgemäß zugegangen und der Ausschuss beschlussfähig ist.

## **TOP 3      Genehmigung der Niederschrift über die 21. Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Landwirtschaft, Bauen und Sicherheit des XVI gewählten Kreistages vom 16.05.2011.**

Die Niederschrift über die 21. Sitzung des Ausschusses, die allen Damen und Herren Ausschussmitgliedern zugegangen ist, wird einstimmig genehmigt.

## **TOP 4      Anfragen:**

### **TOP 4.1    Einwohnerfragestunde (§§ 18, 25 GO).**

Vorsitzender Bosse eröffnet die Einwohnerfragestunde. Wortmeldungen ergeben sich nicht. Die Einwohnerfragestunde wird vom Vorsitzenden Bosse geschlossen.

### **TOP 4.2    Anfragen von Kreistagsmitgliedern (§§ 15 Abs. 2, 25 GO).**

KAbg. Wiegel möchte gern wissen, ob im Landkreis Wolfenbüttel schon Kleinwindkraftanlagen genehmigt worden sind; was dabei zu berücksichtigen und wie der Stand der Dinge ist.

Dezernent Schillmann berichtet, dass es verschiedene Entwicklungen von Kleinwindkraftanlagen gibt. Sie sind unter bestimmten Rahmenbedingungen genehmigungsfähig. Die Rahmenbedingungen werden durch die Bauleitplanung und die Niedersächsische Bauordnung bestimmt. Wichtige Punkte dabei sind u.a. die Größe bzw. Höhe, entstehende Immissionen sowie Grenzabstände. Vom Grundsatz her ist es denkbar, dass solche Anlagen beantragt und genehmigt werden können. Es hängt jedoch immer vom Einzelfall ab. Dezernent Schillmann sagt zu, die wesentlichen Anforderungen zusammenzufassen und in der nächsten Sitzung vorzutragen.

KAbg. Wiegel fragt nach, ob es dem Landkreis Wolfenbüttel möglich ist, durch eine Verschärfung des Planungs- und Tierschutzrechtes zu verhindern, dass es zu einem möglichen Stallbauboom kommt. In diesem Zusammenhang möchte sie gern wissen, ob dem Landkreis Wolfenbüttel mit den Bauantragsunterlagen Keimverbreitungs- und Brandschutzgutachten von unabhängigen Sachverständigen erstellt und beigelegt werden. Ferner weist sie darauf hin, dass sich die SPD-Kreistagsfraktion deutlich gegen die Errichtung von weiteren Massentierhaltungsanlagen ausspricht.

Dezernent Schillmann berichtet, dass die Brandschutzgutachten und Keimverbreitungsgutachten bei der Genehmigung von Massentierhaltungsanlagen thematisiert sind und auch im Rahmen der geltenden Gesetze und Verordnungen mit berücksichtigt werden.

KAbg. Lagosky möchte von der SPD-Fraktion gern wissen, um welche Tierarten es sich bei den Massentierhaltungen handelt.

KAbg. Wiegel führt aus, dass damit alle Tierarten gemeint sind.

Landrat Röhmann weist darauf hin, dass der Landkreis Wolfenbüttel keine Verschärfung des Tierschutzrechtes vornehmen kann, da dies Aufgabe des Landes- bzw. Bundesgesetzgebers ist.

## **TOP 5 Finanzierung des nicht schienengebundenen ÖPNV ab 2012 Vorlage: XVI-0958/2011**

Vorsitzender Bosse eröffnet den Tagesordnungspunkt.

Verbandsdirektor Brandes vom Zweckverband Großraum Braunschweig (ZGB) stellt sich kurz vor. Er hält seinen Vortrag über den ÖPNV im Landkreis Wolfenbüttel anhand einer PowerPoint-Präsentation.

Verbandsdirektor Brandes weist darauf hin, dass das regionale Angebot aus zwei Arten von Nahverkehr besteht. Zum Einen ist es der schienengebundene Nahverkehr und zum Anderen der Busverkehr. Hierbei ist es wichtig, dass die Übergänge an den Eisenbahnstationen gut sind und dass man hier Busse vorfindet, die zeitnah die Fahrgäste weiter befördern. Hierfür ist der Verbundtarif eine wichtige Voraussetzung. Dieser eröffnet die Möglichkeit mit einem Fahrschein mehrere Beförderungsmittel in Anspruch zu nehmen.

Verbandsdirektor Brandes berichtet, dass im öffentlichen Personennahverkehr im Bereich des ZGB 13 Busunternehmen sowie die Deutsche Bahn AG tätig sind. Diese wenden alle den einheitlichen „Verbundtarif Region Braunschweig“ an.

Die Busunternehmen haben die Verbundverträge vorsorglich zur Fristwahrung zum 31.12.2011 gekündigt.

Sollten die Kündigungen der Verbundverträge bestehen bleiben, werden die einzelnen Busunternehmen einen sog. „Haustarif“ bei der Landesnahverkehrsgesellschaft Niedersachsen mbH beantragen.

Statt einer einheitlichen Fahrkarte würden die Fahrgäste dann künftig mehrere Fahrkarten benötigen und die Fahrpreise würden erheblich steigen.

Gleichzeitig würden die Aufwendungen der Landkreise, als Träger der Schülerbeförderung, steigen, weil sich die Schülerkarten erheblich verteuern würden.

Verbandsdirektor Brandes zeigt den Weg zum Erhalt des Verbundtarifs in der Region Braunschweig auf. Außerdem werden die weiteren Schritte vorgestellt.

Landrat Röhmann stellt fest, dass der ÖPNV nicht Aufgabe des Landkreises Wolfenbüttel ist, sondern Aufgabe des ZGB. Vom ZGB wird mitgeteilt, dass diese Aufgabe nicht mehr wie bisher durchgeführt werden kann und der Landkreis Wolfenbüttel gebeten wird sich an den Kosten zu beteiligen. Dies ist nach seiner Meinung etwas völlig Neues. Der Defizitbetrag wird kein Betrag sein, der in den nächsten Jahren niedriger wird, sondern er wird eher anwachsen. Es handelt sich hier um eine Summe von knapp einer halben Millionen Euro. Das ist fast eine Verdoppelung der Verbandsumlage.

In dem Vortrag wurde darauf hingewiesen, dass nicht beabsichtigt ist, die Regio-Busse und Bahnen in irgendeiner Form einer kritischen Untersuchung zu unterziehen. Der Landkreis Wolfenbüttel zahlt etwa 150 000 Euro mehr an den ZGB, als das, was er an Busleistungen vom ZGB zurückbekommt. Der Landkreis Wolfenbüttel zahlt damit mehr ein, als er an Dienstleistung erhält. Das liegt daran, dass etwa 30.000 Kreiseinwohner vom ZGB nicht mit einer Buslinie vom Land in die Stadt Wolfenbüttel bedient werden.

Es gibt zwar eine Regio-Buslinie von Schöppenstedt nach Braunschweig, von Sickinge nach Braunschweig und von Cremlingen nach Braunschweig, aber nicht in die Kreisstadt Wolfenbüttel.

Das ist u.a. die Ursache, dass die Schülerbeförderungskosten explodiert sind. Dies wurde vom ZGB in keiner Weise berücksichtigt.

Es muss bei der Diskussion auch berücksichtigt werden, dass die Stadt Wolfenbüttel als Träger eines Busunternehmens wie die übrigen Kreise einen Defizitausgleich an die KVG leistet. Auch diese Zahlungen wurden bei dem Vortrag des ZGB in keiner Weise berücksichtigt.

Landrat Röhmann kann nicht nachvollziehen, weshalb bei den Regio-Bussen mehr eingezahlt wird als herauskommt. Wieso werden die Zahlungen an örtliche Busunternehmen nicht mit berücksichtigt? Ferner muss das Leistungsangebot des ZGB im Landkreis Wolfenbüttel spürbar verbessert werden. Er bittet darum, dass mit dem ZGB weiter verhandelt werden muss.

Verbandsdirektor Brandes weist zur Verdeutlichung darauf hin, dass das Risiko, des Defizitwachstum besteht. Auf der anderen Seite wird den Landkreisen aber auch ein Mitspracherecht eingeräumt.

Herr Kloß fügt dem hinzu, dass diesem ÖPNV-Netz eine Mobilitätsuntersuchung zu Grunde liegt. Dabei wurde untersucht wie viele Personen wann und wohin fahren. Ferner endet das Netz nicht an Kreisgrenzen sondern es führt darüber hinaus.

Außerdem weist er darauf hin, dass eine Umlage ja gerade den Sinn hat, dass eine Gesamtleistung finanziert und nach einem bestimmten Schlüssel verteilt wird.

KAbg. Wiegel ist der Auffassung, wenn der Landkreis Wolfenbüttel ein Mitspracherecht hat, dann gehört es auch dazu, dass er mehr Informationen, Daten und Fakten erhält.

In diesem Zusammenhang liest sie die Anfrage der SPD-Kreistagsfraktion an die Verwaltung vor.

Die SPD-Fraktion bittet die Verwaltung über die zu treffende Refinanzierungsvereinbarung im nicht schienengebundenen ÖPNV hinaus folgende Auskünfte vom ZGB als Aufgabenträger einzuholen:

- Welche Kosten entstehen durch die Bestellung der Regiobuslinien?
- Wie sind die verschiedenen Regiobuslinien zu den unterschiedlichen Verkehrszeiten nachgefragt?
- Entstehen zu bestimmten Zeiten regelmäßig Leerfahrten?
- Gibt es über den Nahverkehrsplan hinaus Möglichkeiten, den nicht schienengebundenen ÖPNV nachfrageorientiert zu optimieren? Und wenn ja, wie?

KAbg. Lagosky stellt fest, dass die Verbandsumlage insgesamt nicht mehr ausreicht, um sämtliche Buslinien zu finanzieren. Er versteht es als Suche und auch als Weg in eine entsprechende Finanzierung.

Der Verbundtarif sollte erhalten bleiben; dies geht aber nur in einer abgeänderten Finanzierung.

Kabg. Lorenz berichtet von den Anfangszeiten des gemeinsamen Fahrscheins. Es war und ist oberstes Gebot diesen zu erhalten. Es muss alles getan werden um den Verbundtarif nicht zum Kippen zu bringen.

KAbg. Wiegel weist darauf hin, dass auch die SPD-Kreistagsfraktion den Verbundtarif für eine gute Errungenschaft hält.

KAbg. Lagosky möchte von der Verwaltung gern wissen, ob es eine generelle Ablehnung gegen die Vorgehensweise des ZGB in Form des Refinanzierungsvertrages gibt. Ferner möchte er vom ZGB gern wissen wie das Gutachten aussieht.

Landrat Röhmann teilt mit, dass er sich zu keiner Zeit gegen den Refinanzierungsvertrag ausgesprochen hat. Er gibt aber zu bedenken, ob das, was der ZGB hier vorgetragen hat rechtens ist. Außerdem würde es die Übernahme einer neuen freiwilligen Aufgabe bedeuten.

Verbandsdirektor Brandes antwortet auf die Frage vom KAbg. Lagosky hinsichtlich des Gutachters. Danach war es Aufgabe des Gutachters die „Allgemeinen Vorschriften“ gemäß EU-VO 1370/2007 zu erarbeiten sowie die hieraus resultieren Rechte und Pflichten.

KAbg. Fach bittet darum, dass das Gutachten durch den ZGB einmal vorgelegt wird.

Verbandsdirektor Brandes führt aus, dass es kein Gutachten im Sinne eines Gutachtens gibt. Hierbei handelt es sich vielmehr um eine juristische Beratung die die „Allgemeine Vorschrift“ beinhaltet. Ferner wurden die voraussichtlichen Verluste und voraussichtlichen Vorauszahlungen berechnet.

KAbg. Lagosky macht den Vorschlag, auf den Beschlussvorschlag der Sitzungsvorlage zurückzukommen. Er ist der Meinung, dass die Nr. 1 und 2 so bleiben können, jedoch die Nr. 3 abgeändert werden müsste.

Landrat Röhmann vertritt die Auffassung, dass keine Beschlussempfehlung abgegeben werden sollte. Vielmehr sollte der Landrat beauftragt werden weitere Gespräche sowohl mit dem ZGB als auch mit den Busunternehmen zu führen. Im Kreisausschuss ist dann zu berichten.

Vorsitzender Bosse fasst das Wesentliche zusammen:

- Danach gibt es ein deutliches „Ja“ zum Tarifverbund, dass man nicht aussteigen will.
- Es gibt Gesprächsbedarf auf beiden Seiten.

- Es gibt ein Angebot des ZGB, wobei der Landkreis Wolfenbüttel mitsprechen kann.
- Es sind noch sehr viele Fragen offen.
- Im Kreisausschuss soll das Thema weiter behandelt werden.

**Hinweis der Verwaltung:** Die PowerPoint-Präsentation liegt dieser Niederschrift als **Anlage 1** bei.

Seitens des Ausschusses ergeht einstimmig folgender

**Beschluss:** 1.) Der Landrat wird beauftragt, weitere Gespräche sowohl mit dem ZGB als auch mit den Busunternehmen zu führen.

2.) Im Kreisausschuss ist das Thema erneut zu beraten.

**TOP 6 Vereinbarung über die Erhebung von Entgelten im Rettungsdienst für 2011**  
**Vorlage: XVI-0943/2011**

Vorsitzender Bosse eröffnet den Tagesordnungspunkt und stellt die Drucksache kurz vor.

Seitens des Ausschusses ergeht ohne Aussprache einstimmig folgende

**Empfehlung:** Der Kreisausschuss wird gebeten, dem Kreistag folgende Beschlussfassung zu empfehlen:

Der Vereinbarung über die Erhebung von Entgelten im Rettungsdienst für den Rettungsdienstbereich des Landkreises Wolfenbüttel für das Jahr 2011, wie sie sich in ihrem Wortlaut aus der Anlage zur Drucksache **Nr. XVI-0943/2011** ergibt, wird zugestimmt.

**TOP 7 Verordnung über das Landschaftsschutzgebiet "Schandelaher Wohld und Pfeifengraswiese Wohld"**  
**Vorlage: XVI-0951/2011**

Vorsitzender Bosse eröffnet den Tagesordnungspunkt.

Dezernent Schillmann stellt die Drucksache kurz vor.

Vom Vorsitzenden Bosse gestellte Verständnisfragen zum Ölschieferabbau werden durch Dezernent Schillmann und Abteilungsleiterin Wronski beantwortet.

Seitens des Ausschusses ergeht nach kurzer Aussprache einstimmig folgende

**Empfehlung:** Der Kreisausschuss wird gebeten, dem Kreistag folgende Beschlussfassung zu empfehlen:

Der Kreistag wird gebeten, wie folgt zu beschließen:

Die bestehende Landschaftsschutzgebietsverordnung vom 28.06.2004 (LSG WF 44) wird durch die als Anlage 3 beigefügte Verordnung geändert.

## **TOP 8      Schließung der Schachtanlage Asse II hier: Bericht der Verwaltung**

Vorsitzender Bosse eröffnet den Tagesordnungspunkt.

Dezernent Schillmann berichtet über die zur Zeit laufenden Maßnahmen. Hier sind besonders zu nennen:

- Die Ergebnisse der jährlich vorgenommenen Umgebungsüberwachung wurden bekannt gegeben. Hierbei wurden keine Belastungen festgestellt. In diesem Zusammenhang wurde in der Begleitgruppe ASSE II darüber diskutiert, ob der Umfang der Überwachungen verringert werden soll. Dezernent Schillmann merkte an, dass großer Wert auf die Beibehaltung der Qualität der Überwachung gelegt werden sollte.
- Zum Thema Zwischenlager ist ein standortunabhängiges Gutachten in Auftrag gegeben worden. Ein Ergebnis liegt noch nicht vor.
- Im Hinblick auf die Rückholung hat sich die Auffassung durchgesetzt, dass ein neuer „Schacht 5“ gebaut werden soll. Es werden zur Zeit Bohrungen und Planungen vorgenommen.
- Von der ASSE II – Begleitgruppe wurde die Forderung aufgestellt, die Gruppe mit einen Verfahrenstechniker zu verstärken, um zur Beschleunigung der Prozesse beizutragen.
- Es besteht der Eindruck, dass durch die „Genehmigungszeiten“ sehr viel Zeit vergeht. In diesem Zusammenhang ist im Herbst ein Workshop vorgesehen, an dem der Landkreis Wolfenbüttel mit drei Vertretern beteiligt ist.

Landrat Röhmann teilt mit, dass es einen Brand auf dem Gelände des Assebergwerkes II gegeben hat. Dieser Brand hatte aber mit der eigentlichen Thematik des Assebergwerkes II nichts zu tun.

Kreislandwirt Schwetje unterstützt den Vorschlag vom Dezernenten Schillmann, dass bei den Umgebungsuntersuchungen keine Einschnitte vorgenommen werden dürfen. Hier muss die intensive Untersuchung der Lebensmittel weiter vorgenommen werden.

**Kenntnisnahme:** Der Ausschuss für Umwelt, Landwirtschaft, Bauen und Sicherheit nimmt die Ausführungen zur Kenntnis.

## **TOP 9      Unterrichtung zur Trassenführung der geplanten 380 000-Volt-Trasse von Wahle nach Mecklar hier: Bericht der Verwaltung**

Vorsitzender Bosse eröffnet den Tagesordnungspunkt.

Dezernent Schillmann stellt die vorgesehene Trassenvariante anhand einer Karte vor. Er weist darauf hin, dass ein Raumordnungsverfahren durchgeführt worden ist. Dieses Raumordnungsverfahren endet mit einer landesplanerischen Feststellung.

Da die landesplanerische Feststellung kein Verwaltungsakt ist, gibt es auch keine Möglichkeit dagegen vorzugehen. Einflussmöglichkeiten hat man erst wieder, wenn es in das Planfeststellungsverfahren geht.

Seitens des Landkreises Wolfenbüttel hatte man sich so positioniert, dass bei der Raumordnung ein Eingriff in die Natur möglichst gering gehalten wird und sich daher für die Westvariante ausgesprochen. Dabei wäre der Bereich des Landkreis Wolfenbüttel nicht berührt worden.

Die landesplanerische Feststellung sieht nun nur im Bereich Göttingen eine Erdverkabelung vor.

Die Samtgemeinde Baddeckenstedt hat mitgeteilt, dass sie sich rechtlich beraten lassen möchte.

KAbg. Lühr berichtet, dass es das Ziel sein muss, zumindest eine Erdverkabelung vorzunehmen. Wenn das Planfeststellungsverfahren laufe, solle die Bevölkerung mobilisiert werden, um ihre Einwände zu formulieren.

KAbg. Bosse ist enttäuscht von der Entscheidung und weist auf die Einschnitte in die Landschaft und die Natur hin.

Landrat Röhmann ist der Auffassung, dass man sich nicht auf die Überlandverkabelung oder Erdverkabelung versteifen sollte. Seiner Meinung nach muss dieses Thema politisch angefasst werden.

KAbg. Bosse formuliert eine Diskussionsgrundlage wie folgt:

Der Landkreis Wolfenbüttel zeigt sich betroffen von der Entscheidung des Niedersächsischen Landwirtschaftsministeriums zur geplanten Trassenführung Wahle –Mecklar im Bereich der Samtgemeinde Baddeckenstedt.

Der Landkreis Wolfenbüttel unterstützt die Gemeinde Burgdorf und die Samtgemeinde Baddeckenstedt auch finanziell bei ihren Bemühungen, sich Fachanwälte zum geplanten Planstellungsverfahren einzukaufen.

KAbg. Lagosky bittet darum, über diese „Diskussionsgrundlage“ nicht abzustimmen, da er sich noch nicht mit dem Thema ausreichend auseinandergesetzt hat.

KAbg. Lühr weist darauf hin, dass bei der „Diskussionsgrundlage“ die Gemeinde Baddeckenstedt fehlt.

Vorsitzender Bosse stellt fest, dass Einigkeit darüber besteht, dieses Thema im Kreisausschuss erneut zu behandeln.

**Hinweis der Verwaltung:** Die vorgesehene Trassenvariante liegt dieser Niederschrift als **Anlage 2** bei.

**Kenntnisnahme:** Der Ausschuss nimmt die Ausführungen zur Kenntnis.

**TOP 10 Unterrichtung durch den Landrat über wichtige Angelegenheiten (§ 57 Abs. 4 NLO).**

Vorsitzender Bosse eröffnet den Tagesordnungspunkt.

Unterrichtungspunkte liegen nicht vor.

Mit einem Dank für die Mitarbeit schließt Vorsitzender Bosse um 19.00 Uhr die 22. Sitzung.

Vorsitzender

Protokollführer/in